

Weltklimabericht: Meteorologe fürchtet, dass es schlimmer kommt als bisher vermutet

Der Klimawandel ist in aller Munde: verheerende Überschwemmungen in Deutschland, Hitze und Waldbrände in der Mittelmeerregion. An diesem Montag legt der Weltklimarat den neuesten Bericht zum Klimawandel vor.

Von Christiane Oelrich, dpa

Genf. Die jüngsten Wetterextreme erschüttern die Menschen: jüngst die beispiellose Hitzewelle in Kanada, dann die Flutwellen der Zerstörung im Westen Deutschlands, jetzt die Hitze und die Flächenbrände in Griechenland und der Türkei. Klimawandel verbanden die meisten Leute bislang mit einer allgemeinen Erwärmung. Aber solche furchterregenden Extremwetter, in unseren Breiten?

Ja, es sind typische Folgen des Klimawandels, vor denen die Wissenschaft schon länger warnt. Die Wucht überrascht aber auch sie teilweise. „Für mich als Vater von drei Kindern ist die große Sorge: Waren unsere bisherigen Befürchtungen noch zu optimistisch, ist es noch schlimmer als befürchtet?“, sagt der Meteorologe Peter Knippertz vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT).

Der Weltklimarat (IPCC) legt nach rund sieben Jahren wieder einen Bericht vor. An diesem Montag erscheint der erste Teil über den neuesten Stand der wissenschaftlichen Grundlagen zum Klimawandel. „Kapitel 11 geht in einen bahnbrechenden Bereich der Wissenschaft“, kündigt IPCC-Sprecher Jonathan Lynn an. „Wir können besser darlegen, in welchem Ausmaß der Klimawandel für Extremwetterereignisse, Desaster und ähnlichen in der Welt verantwortlich ist.“

Dass die Menschen mit ihrer Energiegewinnung, Intensivlandwirtschaft, Abholzung, Tierhaltung und Umweltverschmutzung maßgeblich für den Klimawandel verantwortlich sind, ist unter den Wissenschaftlern unbestritten. Wie groß dieser Einfluss ist, will der



Rettenungskräfte sind nach dem Hochwasser Ende Juli in Marienthal in Rheinland-Pfalz im Einsatz. Die Flut hat auch hier zahlreiche Häuser zerstört. Angesichts des Hochwassers gab es Fragen, ob dieses eine Folge des Klimawandels ist. Archivbild: Thomas Frey/dpa

Weltklimarat in dem Bericht noch einmal vor Augen führen: „Es wird mehr über die Folgen der menschlichen Aktivitäten auf den Klimawandel geben“, sagte Lynn.

Plus von 1,6 Grad in Deutschland

Der letzte Sachstandsbericht stammt von 2013/14. Seitdem hat es die sechs wärmsten Jahre seit Messbeginn gegeben. 2016, 2019 und 2020 waren mit minimalen Unterschieden die drei heißesten Jahre. Global liegt die Mitteltemperatur etwa 1,2 Grad über vorindustriellem Niveau (1850–1900). In Deutschland ist sie bereits 1,6 Grad höher, wie Astrid Kiendler-Scharr sagt, Direktorin des Instituts für Energie- und Klimaforschung am Forschungszentrum Jülich. Sie ist Mitautorin des neuen Berichts. Im Pariser Klimaabkommen setzten sich Staaten 2015 das Ziel, möglichst unter 1,5 Grad Erwärmung zu bleiben.

Sowohl Hochwasser als auch Hitze gehen darauf zurück, dass Wetterlagen ungewöhnlich lange nicht

vom Fleck kommen. In Deutschland hat sich jüngst Tief Bernd mit den verheerenden Regenfällen tagelang kaum bewegt. Im östlichen Mittelmeer ist es eine festsitzende Hitzeglocke. Das hat auch mit dem Jetstream zu tun – den Winden, die in rund zehn Kilometern Höhe um den Erdball ziehen. Dieser Jet-

HINTERGRUND

Weltklimarat IPCC

■ Angesichts der Erderwärmung gründeten zwei UN-Organisationen 1988 den Weltklimarat IPCC, der knapp 200 Mitgliedsländer hat.

■ Der IPCC soll aufzeigen, wie sich der Klimawandel auswirkt, wie er gebremst werden kann und welche Anpassungsstrategien es gibt.

■ Für die IPCC-Berichte werten Hunderte ausgewählte Experten Tausende Studien aus. Seit 1990 hat der Rat fünf umfassende Berichte veröffentlicht. (dpa)

stream wird durch den Klimawandel verändert.

„Er entsteht durch den Druckunterschied zwischen kalter Luft aus der Polarregion und warmer Luft aus den Subtropen“, sagt Knippertz. Je stärker der Temperaturunterschied zwischen den Regionen, desto stärker sei der Jetstream. „Weil die Temperatur in der Arktis deutlich schneller gestiegen ist als in den Subtropen, ist der Temperaturunterschied kleiner geworden und der Jetstream im Mittel langsamer.“ Das habe Auswirkungen auf die Wellenbildung des Jetstreams. „Wenn sich die Wellen besonders weit in Nord-Süd-Richtung ausdehnen und sich langsam bewegen, sind das die Zutaten für Extremwetterereignisse wie Starkregen oder Hitze, Dürre und Waldbrände.“

Das Leben für den Klimaschutz verändern bedeute ja gar nicht automatisch einen Verlust an Lebensqualität, sagt Knippertz. In autofreien Städten sei mehr Platz für Kinder und Begegnungen, das Le-

ben sei entspannter, mit weniger Stress und Bluthochdruck, und – wenn mehr Leute mehr Fahrrad fahren – weniger Übergewicht.

Karliczek: CO2 Preis erhöhen

Falls die Maßnahmen ausreichen, um die Klimaziele zu erreichen, will Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) den Preis für CO₂-Zertifikate erhöhen: „Bei Bedarf müssen wir den Preis weiter anziehen, und dabei die sozialen Auswirkungen abfedern.“ Der CO₂-Preis wird auf Emissionen erhoben, die durch die Verbrennung fossiler Energieträger entstehen und damit das Klima belasten.

Karliczek könnte sich auch ein Ende des innerdeutschen Flugverkehrs vorstellen. Dafür müssten dann Schnellstrecken für den öffentlichen Verkehr gebaut werden, sagte die Forschungsministerin. Knippertz' Fazit: „Man könnte mit mehr Klimaschutz nicht nur entschleunigen, sondern auch glücklicher werden.“

OM-WAHLCHECK

Der VLAB wünscht sich ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik

Die Artenvielfalt nicht mehr vernachlässigen

Von Johannes Bradtka
Verein für Landschaftspflege und Artenschutz in Bayern

Die Umweltpolitik konzentriert sich derzeit nahezu ausschließlich auf den Klimawandel und seine Folgen. Der auch in unserer Region spürbare Rückgang der Artenvielfalt wird weitgehend vernachlässigt oder ignoriert. Zahlreiche Vogel- und Insektenarten sowie auch viele Gewässerorganismen nehmen von Jahr zu Jahr ab.

Von der künftigen Bundesregierung erwarten wir, dass Klima- und Artenschutz den gleichen politischen Stellenwert besitzen. Es ist ein breites und wirksames Maßnahmenpaket zum Erhalt der biologischen Vielfalt zu schnüren und rasch in die Tat umzusetzen. Dem Klimaschutz darf keinesfalls Vorrang vor dem Artenschutz, wie beim Bau von Windkraftanlagen geplant, einge-

räumt werden. Unsere nordostbayerische Heimat ist wunderschön; aber auch sie wird durch Überbauung und Versiegelung zunehmend beeinträchtigt. Trotz der Notwendigkeit, Arbeitsplätze zu erhalten und neu zu schaffen, muss die seit Jahren praktizierte Ausweisung von Gewerbeflächen neu geregelt werden. Nicht jede Stadt und jede Gemeinde braucht ein eigenes Gewerbegebiet.

Einen guten Kompromiss im Spannungsfeld zwischen der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Schutz der Umwelt sehen wir im Zusammenschluss benachbarter Städte und Gemeinden, wie beispielsweise im östlichen Landkreis Tirschenreuth praktiziert. Neun Städte und Gemeinden kooperieren hier erfolgreich, um an einem verkehrstechnisch günstigen Standort an der A 93 ein großes interkommunales Gewerbegebiet zwischen Wiesau und Mitterteich zu schaffen. Ein Modell für die Zukunft zur dringend notwendigen Eindämmung des Flächenverbrauchs.

Der „Süd-Ost-Link“ ist ein Baustein der Energiewende. Der Zweck dieser und anderer „Stromautobahnen“ ist, volatilen vom Wetter abhängigen, zufällig erzeugten Wind-

und Sonnenstrom quer durch die Republik zu transportieren. Dadurch sollen nach dem angekündigten Ausstieg aus den fossilen Energien und der Atomkraft regionale Engpässe in der Stromversorgung ausgeglichen und ein Blackout, der für die Wirtschaft und Bevölkerung verheerende Folgen hätte, vermieden werden.

Von der neuen Bundesregierung erwarten wir, dass alle Stromtrassen unter der Erde und entlang von Straßen verlegt werden. Die oftmals geforderte dezentrale Energieversorgung ist ein nicht realisierbares Wunschdenken. In unserer Region sind zahlreiche Windindustrialgebiete in Planung, etwa im Oberpfälzer- und Hesseureuther Wald oder in der Gemeinde Parkstein. Viele Bürgerinnen und Bürger sorgen sich zu Recht um ihre Heimat und Landschaften, aber auch um die Lebensqualität. Sie können in Windkraft- und Freiflächen-PV-Anlagen keine geeignete Energieerzeugungsform für eine nachhaltige, bezahlbare Stromversorgung und für einen effektiven Klimaschutz erkennen.

Der Widerstand gegen die Windkraft und große Freiflächen-PV-Anlagen wird sich daher nicht verhin-



Johannes Bradtka, Verein für Landschaftspflege und Artenschutz. Bild: VLAB

Bundestagswahl 2021

Themen, Hintergründe, Diskussionen
www.onetz.de/wahl

dern lassen und mit ihrem weiteren Ausbau zunehmen. Dieses gesellschaftliche Spannungsfeld muss die neue Bundesregierung endlich erkennen, ernst nehmen und die ge-

genwärtig praktizierte Form der Energiewende ergebnisoffen unter Beteiligung aller relevanter NGOs überdenken.

Pestizide, Düngemittel und Gülle sind unstrittig Hauptursachen des Artensterbens in Deutschland. Eine ökologische Agrarwirtschaft ist notwendig. Sie muss rasch angepackt und entsprechend finanziell honoriert werden. Auf eine konventionelle Landwirtschaft kann dennoch nicht verzichtet werden, um bezahlbare Nahrungsmittel in ausreichender Weise für eine stetig wachsende Weltbevölkerung bereit zu stellen.

Der Einsatz von Pestiziden in konventionell wirtschaftenden Betrieben ist deutlich stärker als bisher gesetzlich zu regeln. Landwirte müssen für ihre Naturschutzleistungen und für die Vermeidung von Umweltschäden angemessen entschädigt werden. Die künftige Agrarförderung ist über konkrete messbare Naturschutzleistungen, anstatt wie bisher über die Produkt-Menge und/oder die Anbaufläche abzurechnen.

Vor der Bundestagswahl kommen hier Vertreter verschiedener Interessengruppen zu Wort kommen. Sie erklären, was sie von der neuen Bundesregierung erwarten.